Vergleich S. 3

N i e d e r s c h r i f t über die mündliche Verhandlung des Bundesparteigerichts der CDU am 08. Juli 1997 in Bonn

Anwesend:

- als Vorsitzender-
- Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning
- Regierungsdirektor Bernhard Hellner
Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Heidi Lambert-Lang
Rechtsanwalt Friedrich W. Siebeke
Rechtsanwältin und Notarin Barbara Saß-Viehweger
- als beisitzende Richter-
- Peter Scheib (CDU-Bundesgeschäftsstelle)
- als Protokollführer-

In der Parteigerichtssache

CDU-KV B. ./ Sch.

wegen Ausschlusses aus der CDU

erscheinen bei Aufruf (15.00 Uhr):

1. für den Beschwerdeführer, den CDU-Kreisverband B, niemand,
2. der Beschwerdegegner, Herr S persönlich.

Der Vorsitzende, Herr Dr. Kuthning, stellt fest, daß die schriftliche Terminsladung vom 12. Juni 1997 ausweislich des postamtlichen "Einlieferungsbuches für Briefsendungen" des Justitiariats der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 12. Juni 1997 als Einschreibebrief an alle Verfahrensbeteiligten bei der Post gemäß § 19 der Parteigerichtsordnung der CDU (PGO) aufgegeben wurde. Die Ladungsfrist nach § 26 Abs. 1 PGO ist damit gewahrt.

Herr Dr. Kuthning stellt den Verfahrensbeteiligten die zur Entscheidung befugten Parteigerichtsmitglieder wie folgt vor:

Dr. Kuthning (als Vorsitzender)
Hellner
Frau Dr. Lambert-Lang
Siebeke
Frau Saß-Viehweger

Der Vorsitzende teilt unter Hinweis auf § 27 PGO mit, daß aufgrund einer langjährigen Übung des Bundesparteigerichts ferner die Stellv. Mitglieder des Bundesparteigerichts Dr. Bonde, Frau Kansy, Sträter, Strohscher und Dr. Wiechens sowie Frau Scheib (CDU-Bundesgeschäftsstelle) als weitere Teilnehmer an der Sitzung zugelassen sind. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Für den Antragsteller und Beschwerdeführer verweist der Vorsitzende auf den Antrag aus dem Schriftsatz vom 20. März 1997 (Bl. 23 ff. d.A.); der Antragsgegner und Beschwerdegegner beantragt unter Hinweis auf den Schriftsatz vom 28. Mai 1997 (Bl. 57 ff. d.A.), die Beschwerde zurückzuweisen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den als Fax am 07. Juli 1997 bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts der CDU eingetroffenen und inzwischen in Fotokopie Herrn S ausgehändigten Schriftsatz des CDU-Kreisverbandes B vom 07. Juli 1997 und erörtert mit Herrn S Möglichkeit und Inhalt eines Vergleichsvorschlages des Bundesparteigerichts gegenüber den Verfahrensbeteiligten. Dabei übergibt Herr S Fotokopie der Urkunde des CDU-Landesverbandes S-A vom 22. August 1995 über seine Berufung in den dortigen Landesfachausschuß „Inneres“ sowie Fotokopien von Zeitungsartikeln über seine Tätigkeit als Landesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft in S-A.

Der Vorsitzende unterbricht die mündliche Verhandlung für eine kurze Zeit zwecks interner Beratung des Bundesparteigerichts über einen möglichen Vergleichsvorschlag. Nach Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung erklärt der Vorsitzende:

„Im Hinblick auf die Schwierigkeiten des weiteren Verfahrens (u.a. Bestimmung eines zuständigen Kreisparteigerichts nach Zurückverweisung) macht das Bundesparteigericht nach Beratung den Beteiligten folgenden

Vergleichsvorschlag:

1. Der Antragsgegner scheidet aus dem CDU-Ortsverband St aus und wechselt in den CDU-Ortsverband Z über. Der Kreisvorstand B stimmt diesem Wechsel zu.
2. Mit dem vollzogenen Wechsel betrachtet der Kreisverband das Ausschlußverfahren als gegenstandslos.
3. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.“

Der Antragsgegner und Beschwerdegegner, Herr S, erklärt: Ich nehme den Vergleichsvorschlag an.

Beschlossen und verkündet:

Dem Antragsteller und Beschwerdeführer, dem CDU-Kreisverband B, wird für die Erklärung zu dem Vergleichsvorschlag eine Frist bis zum 11. August 1997 (Eingang bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts) gesetzt.

Für den Fall des Nichtzustandekommens des Vergleichs wird eine Entscheidung den Beteiligten zugestellt werden.

Nach Anhörung von Herrn S und nach Erörterung entscheidet der Vorsitzende, daß Herr S ohne Anerkennung einer Rechtspflicht einen einmaligen Fahrtkosten-Zuschuß von DM 150,-- durch das Bundesparteigericht der CDU erhält. Er beauftragt die Geschäftsstelle, die entsprechende Zahlung baldmöglichst zu veranlassen.

Da das Wort nicht weiter gewünscht wird, schließt Herr Dr. Kuthning gegen 15.40 Uhr die mündliche Verhandlung.